



---

## **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge**

62. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 11:50 Uhr

Vorsitz: Bodo Champignon (SPD)

Stenografin: Simona Roeßgen

**Verhandlungspunkte und Ergebnisse:** Seite

**Vor Eintritt in die Tagesordnung** 1

**1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes** 1

Geszentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlage 13/2448  
Erste Ergänzungsvorlage 13/4660

Einzelberatung der Haushaltsansätze des Einzelplans 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit), Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

**Aktuelle Viertelstunde**

8

Thema: „Schließung des LG-Philips-Werks in Aachen“

Antrag der Fraktion der CDU

Minister Harald Schartau (MWA) berichtet und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**2 Entwurf einer Sechsten Verordnung zur Änderung der Zweiten Berufsbildungs-Zuständigkeitsverordnung** 11

Vorlage 13/2268

Der Ausschuss erhebt keine Einwendungen.

**3 Wohnkostenbelastung auch im Alter tragbar gestalten - Demographischer Wandel erfordert Neuausrichtung der Wohnraumförderung in NRW!** 11

Antrag der Fraktion der SPD und der  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 13/4416

- Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss für Städtebau und Wohnungswesen

Der Ausschuss nimmt den Antrag der Fraktionen von SPD und Grünen, Drucksache 13/4416, mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Grünen und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der CDU an.

**4 Betreuungsvereine fördern - ehrenamtliche Betreuung stärken** 13

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/4486

MDgt Kinstner (MGSFF) gibt eine Stellungnahme ab und beantwortet Fragen aus dem Ausschuss.

**5 Verschiedenes** 18

a) Anhörung zur Altenpflegeausbildung

b) Gesetz zur Verbesserung der Integration in Nordrhein-Westfalen, Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 13/3014

## Aus der Diskussion

### Vor Eintritt in die Tagesordnung

**Vorsitzender Bodo Champignon** kündigt an, mit dem Einverständnis des Ausschusses nach TOP 1 eine Aktuelle Viertelstunde zum Thema „Schließung des LG-Philips-Werks in Aachen“ aufzurufen.

**1 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlage 13/2448  
Erste Ergänzungsvorlage 13/4660

- Einzelberatung der Haushaltsansätze des Einzelplans 15 (Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit), Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

**Rudolf Henke (CDU)** merkt vorab an, dass die noch ausstehenden Ergebnisse des Vermittlungsausschusses z. B. bei den Themen „Steuern“ und „Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe“ Änderungen für den Landeshaushalt von Nordrhein-Westfalen notwendig machen könnten, die gegebenenfalls auch nach den am 7. Januar 2004 stattfindenden abschließenden Haushaltsberatungen des AGS eingearbeitet werden müssten.

### Kapitel 15 010 - Ministerium -

*(keine Wortmeldungen)*

### Kapitel 15 020 - Allgemeine Bewilligungen -

*(keine Wortmeldungen)*

AGS-Ausschuss

10.12.2003

62. Sitzung (öffentlich)

Roe

**Kapitel 15 030 - Landesförderung der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung -**

sowie

**Kapitel 15 031 - Gemeinschaftlich mit der EU finanzierte Förderungen der Arbeitspolitik und der Aus- und Weiterbildung -**

**Wolfgang Kölker (CDU)** bezieht sich auf Ankündigungen im Erläuterungsband zur TBS und zur G.I.B. - Titel 686 10 und 686 20 - und möchte wissen, wo und wie die Standorte der Technologieberatungsstelle beim Deutschen Gewerkschaftsbund konzentriert würden, ob es durch die Konzentration der Arbeitsfelder der Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung auf zentrale Schwerpunkte zu Entlassungen komme und wie diese gegebenenfalls kompensiert würden.

**Minister Harald Schartau (Ministerium für Wirtschaft und Arbeit)** antwortet, die Technologieberatungsstelle mit Hauptsitz in Oberhausen plane, aufgrund der Mittelkürzungen einige ihrer Regionalstellen zu schließen und Mitarbeiter zu entlassen. Verglichen mit der TBS verfüge die G.I.B. über einen kleineren Personalstamm und mache viel Projektarbeit, sodass die personellen Auswirkungen hier einen geringeren Umfang hätten.

**Rudolf Henke (CDU)** verweist auf die Angaben im Erläuterungsband zu Titel 698 20 - Anpassungsgeld für Arbeitnehmer des Steinkohlebergbaus - und führt aus, mit der im Kohlekompromiss 1997 bis Ende 2005 verlängerten Anpassungsgeldregelung könnten mehr als 19.000 Bergleute in den vorzeitigen Ruhestand gehen. Es interessiere, wie viele Bergleute Anpassungsgeld erhalten würden, wie viel der Einzelne bekomme und ob die in diesem Titel vorgesehenen Mittel vollständig benötigt würden.

Der Abbau des Personals im Steinkohlebergbau auf 36.000 bis Ende 2005 sei festgelegt, so **Minister Harald Schartau (MWA)**. Die Mittel würden restlos gebraucht.

**Rudolf Henke (CDU)** fragt nach, wie viele Bergleute das pro Jahr betreffe.

**Minister Harald Schartau (MWA)** sagt zu, die Antwort auf diese Frage und auf die nach der Pro-Kopf-Förderung nachzuliefern.

**Rudolf Henke (CDU)** legt dar, in Titel 893 60 - Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland - gehe es um die Förderung der Bauten und Ausstattungen beruflicher Ausbildungsstätten. Angesichts der Kürzung von 4.09 Millionen € auf je 3,17 Millionen € für die Jahre 2004 und 2005 frage er sich, so der Redner, welche Bauvorhaben dann noch durchgeführt werden könnten, welche nicht mehr gefördert werden könnten, obwohl sie benötigt würden, und in welcher Höhe und auf welcher Grundlage sich der Bund beteiligen werde.

AGS-Ausschuss

10.12.2003

62. Sitzung (öffentlich)

Roe

**Minister Harald Schartau (MWA)** erklärt, die Bauvorhaben würden aufgrund der Kürzung der Mittel lediglich gestreckt. Die Mittelkürzung bei den sonstigen Zuschüssen für laufende Zwecke im Inland finanziere man durch europäische Mittel.

**Rudolf Henke (CDU)** nimmt Bezug auf die Angaben im Erläuterungsband und fragt nach, in welcher Höhe und auf welcher Grundlage sich der Bund beteiligen werde.

**Minister Harald Schartau (MWA)** sagt die schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

**Josef Wilp (CDU)** führt aus, in Titelgruppe 62 - Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen (Abwicklung) - würden die Mittel von 5,2 Millionen € auf je 1,5 Millionen € für 2004 und 2005 gesenkt, in den Titelgruppen 73 und 74 - Landesanteil und EU-Anteil für Maßnahmen im Rahmen des Ausbildungskonsenses - dagegen erheblich erhöht. Das veranlasse zu der Frage, ob Komplementärmittel vorhanden seien, die EU-Mittel vollständig abgerufen und die Maßnahmen durchgeführt werden könnten.

**Minister Harald Schartau (MWA)** bejaht diese Frage.

**Josef Wilp (CDU)** fragt nach zusätzlichen Schwerpunkten und Maßnahmen, für die diese Mittel eingesetzt werden sollten.

**Minister Harald Schartau** antwortet, einen Schwerpunkt stellten die Jugendlichen dar, die sich noch nicht in Ausbildung befänden. Aber auch die Koordination des Ausbildungskonsenses werde mit diesen Mitteln - die vollständig gebraucht würden - finanziert.

**Ursula Monheim (CDU)** interessiert, ob die in Titelgruppe 686 60 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland - vorgesehene erhebliche Mittelkürzung vollständig im Bereich der EU-kofinanzierten Programme aufgefangen werde und ob bei einer EU-Kofinanzierung die Beteiligung des Bundes wegfalle.

**Minister Harald Schartau (MWA)** entgegnet, die Zuschüsse würden durch europäische Mittel aufgestockt. - **MR Kolenbrander (MWA)** ergänzt, der Bund beteilige sich lediglich an den Investitionen, nicht an den Programmen.

**Ursula Monheim (CDU)** bittet um Auskunft, ob die Erläuterung zu Titelgruppe 85 - Förderung von Werkstätten für behinderte Menschen -, der zufolge die Fördervorhaben auch hier aufgrund der Zuschussskürzungen gestreckt werden müssten, bedeute, dass es keine neuen Vorhaben mehr geben werde.

**LMR Bürger (MWA)** erklärt, zwar müssten die Mittel grundsätzlich gestreckt werden, das schließe neue Maßnahmen aber nicht von vornherein aus.

AGS-Ausschuss

10.12.2003

62. Sitzung (öffentlich)

Roe

**Ursula Monheim (CDU)** erkundigt sich nach einer Aufstellung über bereits angemeldete Vorhaben für weitere Werkstätten, die man brauche, um den Bedarf an Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen zu decken.

Eine solche Liste gebe es nicht, so **LMR Bürger (MWA)**.

**Josef Wilp (CDU)** verweist auf Seite 74 und will geklärt wissen, ob die bei einer 50/50-Kofinanzierung auftretende Lücke zwischen den EU-Mitteln in Höhe von 110 Millionen € und den Landesmitteln in Höhe von nur 65 Millionen € im Jahr 2005 geschlossen werde.

**Minister Harald Schartau (MWA)** bestätigt, die Landeskofinanzierungsmittel gingen im Jahr 2005 zurück. Man wolle die EU-Mittel aber nicht einfach verfallen lassen und werde nun eine andere Kofinanzierung einwerben müssen, z. B. eine betriebliche Kofinanzierung für präventive betriebliche Maßnahmen, mit denen man bereits Erfahrungen gesammelt habe. Trotz der schlechten finanziellen Lage der Kommunen sei auch eine Kofinanzierung von dieser Seite nicht auszuschließen.

Demnach setze die Landesregierung darauf, so **Josef Wilp (CDU)**, dass Dritte - z. B. aus der Wirtschaft oder vielleicht auch andere öffentliche Träger - kofinanzieren, um über die EU-Mittel verfügen zu können.

Dem sei so, entgegnet **Minister Harald Schartau (MWA)**.

**Rudolf Henke (CDU)** bezieht sich auf die Titelgruppen 71 und 72 - Landesanteil und EU-Anteil bei den zielgruppen-, modernisierungs- und strukturbezogenen Arbeitsmarktmaßnahmen - und erinnert an den Einführungsbericht des Ministers, in dem er für Anfang 2004 die Vorstellung einer neuen Struktur für eine Arbeitsmarkt- und Strukturpolitik aus einer Hand angekündigt habe. Vielleicht könne der Minister seine Ausführungen hierzu bereits jetzt konkretisieren und in Bezug auf den Haushalt mitteilen, wie die Regionalstellen zusammengeführt werden sollten und wie sich dies in den Regionen auswirken werde.

Die Antwort darauf müsse er noch schuldig bleiben, gibt **Minister Harald Schartau (MWA)** zur Antwort. Sein Haus und die Regionen hätten in diesem Zusammenhang noch viele Punkte zu klären, sodass er erst Anfang nächsten Jahres das Konzept und die Art der Regionalisierung präsentieren könne.

**Rudolf Henke (CDU)** weist darauf hin, dass der Ansatz in den Titelgruppen 75 und 76 - Landesanteil und EU-Anteil für die Initiative „Jugend in Arbeit plus“ - von insgesamt 8,8 Millionen € im Jahr 2003 zunächst auf 28,48 Millionen € im Jahr 2004 steige und dann auf 24,8 Millionen € im Jahr 2005 sinke. Da das Programm am 31.07.2004 ende, könnten darüber ab diesem Zeitpunkt nur noch die Jugendlichen gefördert werden, die dem Programm bis dahin zugewiesen seien. Die nachkommenden Jugendlichen müss-

AGS-Ausschuss

10.12.2003

62. Sitzung (öffentlich)

Roe

ten sich an die Jobcenter wenden, für die es derzeit aber noch keine gesetzliche Grundlage gebe. Angesichts der Mittelsteigerung interessiere, ob eine Übergangslösung zur flächendeckenden Erfüllung dieser Aufgabe ins Auge gefasst werde, was bedeuten würde, dass die Landesregierung selbst die rechtzeitige Einrichtung einer hinreichenden Zahl von Jobcentern bezweifle, ob zusätzliche und gegebenenfalls welche Aufgaben finanziert werden sollten.

**Minister Harald Schartau (MWA)** erklärt, die Erhöhung dieses Ansatzes ergebe sich schlicht aus einem Titelgruppenwechsel: In Kapitel 15 030 würden Mittel zurückgeführt, in Kapitel 15 031 in die EU-Kofinanzierung hineingenommen und dadurch aufgebaut. Die Summe ändere sich nicht.

Als Mitglied der Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses, die sich auch mit der schwierigen Frage der Jobcenter befasse, könne er sagen, so der Minister weiter, dass es einen Konsens über alle Parteien und mit dem Bundeswirtschaftsministerium gebe, mit den Jobcentern dafür zu sorgen, dass Jugendliche unter 25 Jahren in jedem Fall einen Ausbildungsplatz, einen Arbeitsplatz, einen Praktikumsplatz bekämen oder Kontakt zu einer Einrichtung hielten, die sich um solche Jugendlichen bemühe, die bereits aufgegeben hätten.

Es handele sich also um eine Umschichtung, stellt **Rudolf Henke (CDU)** fest, die Mittel für „Jugend in Arbeit plus“ in Kapitel 15 031 würden nicht erhöht.

In Kapitel 15 030 habe es allerdings auch keinen radikalen Schnitt bei den Mitteln für „Jugend in Arbeit plus“ gegeben, betont **Minister Harald Schartau (MWA)**.

**Rudolf Henke (CDU)** interessiert, wie sich die Rückführung des Ansatzes der Titelgruppen 77 und 78 - Landesanteil und EU-Anteil für „Arbeit statt Sozialhilfe“ - von insgesamt 36,6 Millionen € in 2003 auf 15,6 Millionen € in 2004 und 12 Millionen € in 2005 erkläre angesichts der Absicht, auch dieses Programm zum 31.07.2004 auslaufen und die Aufgabe von den Jobcentern übernehmen zu lassen, und unter Hinweis darauf, dass die Mittel für „Jugend in Arbeit plus“ ja nicht gesenkt würden. Man müsse sich fragen, wie die konkrete Übergangslösung aussehe und ob man der Haushaltsplanung zugrunde legen könne, dass Jobcenter ab dem 01.08.2004 flächendeckend vorhanden seien.

**Minister Harald Schartau (MWA)** richtet an sein Haus die Bitte, dem Ausschuss mitzuteilen, wie viele Menschen von „Arbeit statt Sozialhilfe“ erfasst würden. Es sollte nicht der Eindruck entstehen, dass sich dieses trotz allem gute Programm auf alle Sozialhilfeempfänger des Landes erstrecke.

In den Gesprächen in Berlin spiele die Konstruktion der Jobcenter derzeit eine große Rolle. Er gehe von einer schnellen Umsetzung aus, so der Minister, da zwischen den Parteien kein Streit bestehe, die kommunalen Kompetenzen im Umgang mit den betroffenen Bürgern und die Kompetenzen einer örtlichen Agentur für Arbeit so zusammenzu-

AGS-Ausschuss

10.12.2003

62. Sitzung (öffentlich)

Roe

führen, dass die Unterstützung verbessert und die Verantwortung dafür nicht hin und her geschoben werde. Strittig seien nur die Zuordnung und die Finanzierung.

Optimismus sei insbesondere in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens angebracht, die nicht auf ein Ergebnis aus Berlin gewartet und sich bereits entsprechend vorbereitet hätten, beispielsweise Köln und Rheine. Probleme ergäben sich wohl da, wo nach wie vor eine Trennung zwischen Arbeitsverwaltung und Sozialverwaltung bestehe.

Hier gehe es nicht nur um die Einsparung der Sozialhilfe, gibt **Rudolf Henke (CDU)** zu bedenken, sondern auch um den Erhalt der Sozialinfrastruktur. Die Kommunen könnten die bisher über „Arbeit statt Sozialhilfe“ finanzierten und auch weiterhin notwendigen Dienstleistungen sicher nicht aus eigenen Mitteln bestreiten. Man müsse sich fragen, was passiere, wenn sich der Vermittlungsausschuss nicht einige.

**Minister Harald Schartau (MWA)** entgegnet, bei der Zusammenführung brächten die Kommunen ihre Kompetenzen bei Schuldnerberatungen, psychosozialer Betreuung und Kinderbetreuung in die Jobcenter ein und griffen dabei wie bisher z. B. auf die Kompetenzen der Wohlfahrtsverbände zurück. Die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger erhielten sofort Anspruch auf die Arbeitsmarktinstrumente der Agentur für Arbeit. Zeitgleich würden Daten abgeglichen, Regelungen für Transfers in Ergänzung eigener Arbeit getroffen und die Zumutbarkeitsregelung verändert.

Sollte sich der Vermittlungsausschuss wider Erwarten nicht einigen, werde der Bund Gesetze allein in seinem Zuständigkeitsbereich erlassen. Kommunen und Arbeitsämter sollten dann wie bei den schon bestehenden Jobcentern, die jeweils auf Verträgen zwischen der Kommune und der Bundesagentur für Arbeit basierten, freie Verträge miteinander abschließen.

**Rudolf Henke (CDU)** vermutet in den Titelgruppen 81 und 82 - Förderung der Berufsausbildung - (Kapitel 15 031) die Fortsetzung des reinen Landesprogramms für überbetriebliche Ausbildungslehrgänge, das in Kapitel 15 030 Titelgruppe 60 platziert gewesen sei. - **Minister Harald Schartau (MWA)** bestätigt dies. - **Rudolf Henke (CDU)** fährt fort, die Summe der in diesen drei Titelgruppen veranschlagten Mittel läge in 2004 bei 15,21 Millionen € und in 2005 bei 12,44 Millionen € und damit über den 8,46 Millionen € in 2003. Es interessiere, ob in den Titelgruppen 81 und 82 die auslaufenden Mittel aus Titel 686 60 aufgefangen, ob neue Vorhaben finanziert werden sollten, in welchen Bereichen sich der offensichtlich erwartete erhebliche Zuwachs an überbetrieblicher Ausbildung ergäbe und welche sonstigen Aufgaben aus diesem Titel erfüllt würden.

**LMR Bürger (MWA)** antwortet, die in diesem Bereich aufgelaufenen Vorbelastungen müssten abgedeckt werden. Das neue Bewilligungsvolumen entspreche rechnerisch dem vom vergangenen Jahr. Es gebe keine strategischen Veränderungen, keine neuen Vorhaben.

Auf Nachfrage von **Rudolf Henke (CDU)** bestätigt **LMR Bürger (MWA)**, dass man nicht mit einem Zuwachs an überbetrieblicher Ausbildung rechne.

#### **Kapitel 15 110 - Staatliche Ämter für Arbeitsschutz -**

**Wolfgang Kölker (CDU)** möchte wissen, welche Aufgaben der Ämter für Arbeitsschutz nach Ansicht der Landesregierung für eine Übertragung an Dritte in Betracht kämen.

**Minister Harald Schartau (MWA)** erklärt, die Landesregierung gehe mit dieser Frage behutsam um. In den hierzu laufenden internen Untersuchungen müsse man berücksichtigen, dass die Staatlichen Ämter für Arbeitsschutz hoheitliche Aufgaben wahrnehmen, dass die Übertragung nur an solche Private erfolge, die die Aufgaben nach Vorstellung der Landesregierung erledigen würden, und dass die Beschäftigten in den Ämtern nicht den Eindruck bekämen, ihre Arbeit sei überflüssig. Trotz der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiter in den Ämtern müsse auch in diesem öffentlichen Bereich geprüft werden, ob die Aufgaben bei gleicher Qualität nicht effizienter und kostengünstiger von Dritten wahrgenommen werden könnten, da man ansonsten angesichts der hier vorgesehenen Mittelausstattung gezwungen wäre, die Belastung der Mitarbeiter bei tendenziell sinkendem Personalbestand immer weiter zu erhöhen. Er, so der Minister, werde dem Ausschuss gerne berichten, sobald genauere Angaben vorlägen.

In Ostwestfalen-Lippe würden die Ämter für Umweltschutz und Arbeitsschutz derzeit in einer neuen Einheit zusammengefasst, damit die betroffenen Kunden nur noch eine statt bisher zwei oder sogar drei Anlaufstellen hätten.

#### **Kapitel 15 120 - Landesanstalt für Arbeitsschutz, Landessammelstelle -**

*(keine Wortmeldungen)*

#### **Kapitel 15 900 - Versorgung der Beamten des Landes, der früheren Länder Preußen und Lippe, des früheren Reiches sowie deren Hinterbliebenen -**

*(keine Wortmeldungen)*

#### **Beilage 1 zu EP 15 - Verpflichtungsermächtigungen -**

*(keine Wortmeldungen)*